

ner Zuständigkeiten in diesem Bereich an die landesinternen Kompetenzen der Kantone gebunden wäre, hätte dies nicht nur eine Einschränkung der ausserpolitischen Kompetenzen des Bundes zur Folge, sondern würde den Bund in den Verhandlungen an die kantonalen Kompetenzen binden und damit in den Verhandlungen völlig blockieren.

Es ist typisch, dass sowohl das österreichische als auch das deutsche Modell, wo solche Vetomöglichkeiten – ich betone: im Bereich der EG-Mitgliedschaft – vorgesehen sind, immer wieder durch das staatliche Gesamtinteresse relativiert werden.

Aus all diesen Gründen bitte ich Sie – ich hoffe, mit meinen Erklärungen die bestehenden Missverständnisse in bezug auf die Tragweite des vorgelegten Artikels 21 geklärt zu haben –, bei Artikel 21 dem Antrag der Mehrheit zuzustimmen. Damit sind die Interessen der Minderheit eindeutig auch gewahrt. Ich befürchte – wir haben jetzt schon eine Pendenz in bezug auf dieses berühmte «Vorrangproblem» –, dass der Bund, wenn man die andere Auslegung wählt, die die Herren Reymond und Rüesch auch nicht wollen, bei seinen Verhandlungen und bei der Weiterentwicklung des EWR-Rechts völlig an die Kantonszuständigkeiten gebunden wäre. Ich bin überzeugt, dass dann im Nationalrat sofort Anschlussbegehren in bezug auf die Stellung des Parlamentes kämen. Und dann gerieten wir in eine neue Sackgasse.

Ich hoffe, dass mit dieser inhaltlichen Klärung von Artikel 21 die hier vorgebrachten Bedenken berücksichtigt sind. Ich möchte Ihnen Zustimmung zum Antrag der Mehrheit, also zur bundesrätlichen Fassung, empfehlen.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Minderheit	24 Stimmen
Für den Antrag der Mehrheit	14 Stimmen

Ziff. III

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Ch. III

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Hier wird die Beratung dieses Geschäftes unterbrochen

Le débat sur cet objet est interrompu

92.057-1–50

EWR. Anpassung des Bundesrechts (Eurolex)

Referendum und Zeitpunkt der Publikation

EEE. Adaptation du droit fédéral (Eurolex)

Référendum et publication

Antrag der Kommission

Neuer Absatz betreffend Zeitpunkt der Publikation:

Er wird nach der Annahme des Bundesbeschlusses über den Europäischen Wirtschaftsraum im Bundesblatt veröffentlicht.

(= Absatz 1bis in:

– Ziff. II von 92.057-1, 2, 6, 8–10, 12–16, 18, 19, 21–23, 26–31, 35–37, 39, 41, 43, 48.

– Ziff. II Art. 2 von 92.057-24.

– Ziff. III von 92.057-4, 5, 11, 33, 34, 42.

– Ziff. IV von 92.057-32.

– Art. 3 von 92.057-44.

– Art. 10 von 92.057-3.

– Art. 15 von 92.057-25.

– Art. 17 von 92.057-40.

– Art. 19 von 92.057-17.

– Art. 21 von 92.057-7.

– Art. 23 von 92.057-49.

– Art. 25 von 92.057-38.

– Art. 28 von 92.057-20, 50)

(= Absatz 2bis in:

– Ziff. II von 92.057-45, 46, 47)

Geänderter Absatz betreffend Referendum:

Er untersteht dem Referendum gemäss Artikel 20 der Uebergangsbestimmungen der Bundesverfassung.

(= Absatz 2 in:

– Ziff. II von 92.057-1, 2, 6, 8–10, 12–16, 18, 19, 21–23, 26–31, 35–37, 39, 41, 43, 48.

– Ziff. II Art. 2 von 92.057-24.

– Ziff. III von 92.057-4, 5, 11, 42.

– Art. 3 von 92.057-44.

– Art. 10 von 92.057-3.

– Art. 15 von 92.057-25.

– Art. 17 von 92.057-40.

– Art. 19 von 92.057-17.

– Art. 21 von 92.057-7.

– Art. 23 von 92.057-49.

– Art. 25 von 92.057-38.

– Art. 28 von 92.057-20, 50)

(= Absatz 3 in:

– Ziff. II von 92.057-45, 46, 47.

Die Absätze 2–3 (Dringlichkeitsverfahren) von 92.057-32, 33, 34 werden nicht geändert)

Proposition de la commission

Nouvel alinéa relatif à la date de publication:

Il sera publié dans la Feuille fédérale après approbation de l'arrêté fédéral sur l'EEE.

(= alinéa 1bis de:

– ch. II de 92.057-1, 2, 6, 8–10, 12–16, 18, 19, 21–23, 26–31, 35–37, 39, 41, 43, 48.

– ch. II art. 2 de 92.057-24.

– ch. III de 92.057-4, 5, 11, 33, 34, 42.

– ch. IV de 92.057-32.

– art. 3 de 92.057-44.

– art. 10 de 92.057-3.

– art. 15 de 92.057-25.

– art. 17 de 92.057-40.

– art. 19 de 92.057-17.

– art. 21 de 92.057-7.

– art. 23 de 92.057-49.

- art. 25 de 92.057-38.
- art. 28 de 92.057-20, 50)
- (= alinéa 2bis de:
- ch. II de 92.057-45, 46, 47)

Alinéa modifié relatif au référendum:

Il est sujet au référendum conformément à l'article 20 des dispositions transitoires de la constitution.

(= alinéa 2 de:

- ch. II de 92.057-1, 2, 6, 8–10, 12–16, 18, 19, 21–23, 26–31, 35–37, 39, 41, 43, 48.
- ch. II art. 2 de 92.057-24.
- ch. III de 92.057-4, 5, 11, 42.
- art. 3 de 92.057-44.
- art. 10 de 92.057-3.
- art. 15 de 92.057-25.
- art. 17 de 92.057-40.
- art. 19 de 92.057-17.
- art. 21 de 92.057-7.
- art. 23 de 92.057-49.
- art. 25 de 92.057-38.
- art. 28 de 92.057-20, 50)

(= alinéa 3 de:

- ch. II de 92.057-45, 46, 47.

Les alinéas 2–3 (procédure d'urgence) de 92.057-32, 33, 34 ne sont pas modifiés)

Rhinow, Berichterstatter: Ich halte Sie mit diesem Geschäft nicht lange auf. Sie mögen sich erinnern, dass wir bei der Beratung der Eurolex-Vorlagen bei den Uebergangsbestimmungen jeweils eine Bestimmung ausgesetzt haben. Wir haben festgestellt, die Frage des Referendums und diejenige des Inkrafttretens seien noch offen. Deshalb kommt hier eine eigenartige Vorlage zur Beratung: Es handelt sich um zwei Absätze, die jeweils bei den einzelnen Eurolex-Erlassen einzuschieben sind.

Der erste Absatz betrifft die Publikation. Er basiert auf der Annahme, dass in der Herbstsession die Schlussabstimmung über die Eurolex-Vorlagen vorgenommen wird, dass aber die Publikation erst nach Annahme des Bundesbeschlusses über den Europäischen Wirtschaftsraum, das heisst nach Annahme durch Volk und Stände am kommenden 6. Dezember, erfolgen wird.

Der zweite Absatz betrifft das Referendum. Es wird auf die Regelung in Artikel 20 Absätze 1 bis 3 der Uebergangsbestimmungen BV verwiesen.

Diese beiden Absätze werden in den Einzelerlassen gemäss den Angaben auf dem ausgeteilten Blatt eingefügt.

Angenommen – Adopté

An den Nationalrat – Au Conseil national

92.053

**Beitritt der Schweiz
zur Europäischen Gemeinschaft. Bericht
Adhésion de la Suisse
à la Communauté européenne. Rapport**

Bericht des Bundesrates vom 18. Mai 1992 (BB I III 1185)
Rapport du Conseil fédéral du 18 mai 1992 (FF III 1125)

Beschluss des Nationalrates vom 3. September 1992
Décision du Conseil national du 3 septembre 1992

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Cavelty, Berichterstatter: Gemäss Artikel 12 Absatz 2 des Geschäftsverkehrsgesetzes kann kein Rat eine Vorlage an den Bundesrat zurückweisen, ohne dass der andere Rat zustimmt. Wenn zugestimmt wird, gilt die Rückweisung ohne weiteres. Wenn der andere Rat nicht zustimmt, wird die Rückweisung im Erstrat nochmals behandelt, es kommt also zu einer Differenz. Sinn dieser Bestimmung – sie wurde übrigens erst 1985 eingeführt – ist es, dass kein Rat ein Geschäft für längere Zeit blockieren kann, ohne dass der andere Rat sich dazu äussern kann.

Unsere Kommission hat sich mit der Rückweisung im Nationalrat befasst und beantragt Ihnen einstimmig Zustimmung zu dieser Rückweisung.

Angenommen – Adopté

An den Bundesrat – Au Conseil fédéral

92.057-28

**EWR. Anpassung des Bundesrechts
(Eurolex)**

**Bundesgesetz über die berufliche Alters-,
Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge.
Aenderung**

**EEE. Adaptation du droit fédéral
(Eurolex)**

**Loi fédérale sur la prévoyance
professionnelle vieillesse,
survivants et invalidité. Modification**

Différences – Divergences

Siehe Seite 690 hiavor – Voir page 690 ci-devant

Beschluss des Nationalrates vom 2. September 1992
Décision du Conseil national du 2 septembre 1992

Ziff. II Abs. 3

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Ch. II al. 3

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Frau **Weber** Monika, Berichterstatterin: Bei diesem Geschäft besteht eine Differenz in den Uebergangsbestimmungen (Ziff. II, Abs. 3). Ich möchte sagen, wie es dazu gekommen ist. Wir haben in der Sondersession zwei Anträge behandelt; der eine stammte von Herrn Coutau und der andere von Herrn Onken. Beide Anträge wurden damals abgelehnt; wir wiesen darauf hin, dass man nicht in einem solchen Tempo, wie es damals angeschlagen wurde, Aenderungen akzeptieren sollte, sondern dass man zuerst den Zweitrat über die gleichen Anträge diskutieren lassen sollte.

Der Antrag Coutau betraf den Ingress. Er wurde im Ständerat abgelehnt; auch im Nationalrat wurde ein entsprechender Antrag abgelehnt.

Der zweite Antrag betraf die Barauszahlung der Freizügigkeitsleistung beim definitiven Verlassen der Schweiz; die Freizügigkeitsleistung sollte nun erst beim Verlassen des EWR in bar ausbezahlt werden. Man hat also die Grenze von der Schweiz auf den EWR verschoben.

Der Nationalrat hat sich nun im Zusammenhang mit diesem Problem für eine recht elegante Lösung entschieden. Er hat, anstatt Artikel 30 Absatz 2 Buchstabe a zu ändern, in einer Uebergangsordnung einen Weg gefunden. Worum geht es?

Vor allem die ausländischen Arbeitnehmer hatten beim Bekanntwerden dieser Gesetzesanpassung, bei dieser Grenzverschiebung der Freizügigkeit von der Schweizergrenze auf die EWR-Grenze, aufbegehrt, weil offenbar viele ihre Lebenspläne so eingerichtet hatten, dass sie planten, vor unserem Pensionierungsalter zurückzutreten, in ihre Heimat zurückzukehren und von der Barauszahlung der Freizügigkeit des Obligatoriums zu profitieren.

Nun kann man sagen, dass der Wechsel wegen des Eurolex-Verfahrens möglicherweise tatsächlich etwas abrupt wäre, und im Moment herrscht wegen des sich im Gange befindlichen Differenzbereinigungsverfahrens einige Unsicherheit. Viele Arbeitnehmer fragen sich offenbar: Muss oder soll man noch vor Ende des Jahres kündigen, um von dieser Freizügigkeitsleistung profitieren zu können? Es ist deshalb wichtig – das sage ich im Namen der Kommission ganz deutlich –, dass für die ausländischen Arbeitnehmer sobald wie möglich Klarheit herrscht.

Die Kommission hat mit 9 zu 2 Stimmen und bei einer Enthaltung beschlossen, dem Nationalrat zu folgen, der seinerseits mit 109 zu 21 Stimmen die Uebergangsbestimmung beschloss.

Wir haben uns versichern lassen, dass Brüssel Bereitschaft zum Einlenken signalisiert hat oder – diplomatisch ausgedrückt – dass begründete Hoffnung besteht, dass Brüssel einlenken wird. Es liegen nämlich auch von anderen Ländern solche Begehren vor, die aber alle noch ausdiskutiert werden müssen.

Die Kommission beantragt Ihnen, sich dem Nationalrat anzuschliessen, d. h. einer Uebergangsbestimmung für etwa fünf Jahre zuzustimmen.

M. Coutau: Je suis très satisfait que la majorité de la commission, qui vous propose de vous rallier à la solution du Conseil national, soit aussi forte. Lors de notre premier examen en plénum, nous avions débattu, vous vous en souvenez, sur la base d'une proposition de M. Onken. Après le succès que cette proposition a rencontré au Conseil national et après l'intérêt plutôt bienveillant rencontré à Bruxelles, lors des contacts qui ont été pris par l'Administration fédérale ces derniers jours, je serais très heureux que notre décision soit positive. Elle serait le signe manifeste qui permettra d'apaiser les inquiétudes qui avaient surgi dans les entreprises et chez les personnels en raison du caractère extrêmement abrupt du changement de réglementation qui aurait pu intervenir d'ici la fin de l'année. Il n'empêche que, si cette solution règle le problème pour les cinq prochaines années, la question de fond – qui consiste à savoir à quelles directives le 2e pilier et les institutions analogues d'autres pays de la Communauté sont assujettis – n'en demeure pas moins. Je ne reviendrai pas sur ce dilemme aujourd'hui ici, mais la Communauté européenne devra régler cette question prochainement. On connaîtra alors, et ce certainement d'ici la fin du délai transitoire, la solution définitive qui aura été trouvée à ce problème, qui est loin de ne concerner que notre pays.

M. Cotti, conseiller fédéral: Après des discussions plutôt tendues lors de la précédente réunion au Conseil des Etats, je tiens à déclarer, au nom du Conseil fédéral, que j'accepte les propositions de la commission. Celles-ci, en l'occurrence, avaient plutôt trait à l'aspect général des problèmes. En effet, concernant la question d'une solution transitoire, les avantages qu'elles auraient apportés, au plan d'un certain apaisement, étaient évidents – M. Coutau y a d'ailleurs fait allusion. J'avais déclaré au Conseil national que des contacts de la part de l'Administration fédérale étant à ce moment-là imminents à Bruxelles, je me serais réservé la faculté de confirmer l'approbation à la solution du Conseil fédéral – dont j'avais témoigné au Conseil national – si, de la part de Bruxelles, des signes – j'avais parlé de signaux – concrets et effectifs s'étaient manifestés lors de ces mêmes contacts. Or, c'est le 14 septembre de cette année que des représentants de l'Office fédéral des assurances sociales ont eu ces premiers contacts, à Bruxelles. C'est à partir de là que se sont manifestés lesdits signaux, non pas encore sanctionnés au plan formel et juridique, mais

exprimés très clairement au plan politique. J'ai alors demandé que ces contacts soient intensifiés et, hier, M. l'ambassadeur Von Tschanner, représentant suisse à la mission auprès de la Communauté européenne, m'a communiqué que d'importants contacts, ultérieurs à la date précitée, lui permettaient d'affirmer sans doute aucun que la Communauté avait pris note de la décision du Conseil national – et bientôt, je le souhaite, aussi du Parlement – et qu'elle s'était déclarée disposée à trouver une solution pragmatique qui tienne compte de l'intérêt des travailleurs ressortissants de pays membres de la Communauté et travaillant en Suisse.

Dans sa lettre du 23 septembre 1992, M. Norbert Blüm, mon collègue allemand, m'écrivait: «Ich werde mich – Ihr Einverständnis voraussetzend – dafür einsetzen, dass im Rahmen der weiteren Verhandlungen zum Europäischen Wirtschaftsraum eine Uebergangsregelung eingeführt wird, die es den ausländischen Arbeitnehmern erlaubt, ihren Anspruch auf Beitragserstattung für eine grosszügig bemessene Uebergangszeit nach dem 1. Januar 1993 zu realisieren. Meine Mitarbeiter haben für die nächste Verhandlungsrunde am 24. September 1992 eine entsprechende Weisung erhalten.» Comme vous pouvez le constater, même les pays comme l'Allemagne, qui n'ont pas d'intérêts directs ou, en tout cas, d'intérêts importants en jeu, se déclarent favorables du moment que le consentement des Etats les plus directement intéressés est donné. Il ne devrait donc pas y avoir de difficulté à trouver une solution au niveau de la Communauté.

En tant que personne respectueuse des engagements internationaux, je dois dire que la solution formelle n'est pas encore trouvée. En ce sens, la décision que vous prenez maintenant, si elle est politiquement absolument justifiable – et je la soutiens – ne signifie pas que vous ne commettez pas une infraction au droit européen. Mais notre engagement réside en la possibilité de corriger dans les délais les plus brefs cette infraction que, pour une fois, nous pouvons considérer avec beaucoup d'indulgence.

Donc, je déclare que le Conseil fédéral accepte la solution retenue.

Angenommen – Adopté

92.067

Krankenversicherung. Massnahmen gegen die Kostensteigerung 1993–1994. Bundesbeschluss

Assurance-maladie. Mesures contre l'augmentation des coûts 1993–1994. Arrêté fédéral

Botschaft und Beschlussentwurf vom 19. August 1992 (BBl V 933)
Message et projet d'arrêté du 19 août 1992 (FF V 885)

Antrag der Kommission

Eintreten

Proposition de la commission

Entrer en matière

Frau Simmen, Berichterstatterin: Die Vorlage 92.067 über befristete Massnahmen gegen die Kostensteigerung in der Krankenversicherung ist eine weitere Folge in der unendlichen Geschichte mit dem Titel «Kostensteigerung im Gesundheitswesen».

Die höchst unerwünschte Entwicklung, dass die Kosten, die uns das Gesundheitswesen verursacht, ständig überproportional steigen, ist allen Industriestaaten gemeinsam. Und noch kein Land hat eine wirkliche Lösung für dieses Problem gefunden.

EW. Anpassung des Bundesrechts (Eurolex) Referendum und Zeitpunkt der Publikation

EEE. Adaptation du droit fédéral (Eurolex) Référendum et publication

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1992
Année	
Anno	
Band	V
Volume	
Volume	
Session	Herbstsession
Session	Session d'automne
Sessione	Sessione autunnale
Rat	Ständerat
Conseil	Conseil des Etats
Consiglio	Consiglio degli Stati
Sitzung	04
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	92.057-1-50
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	24.09.1992 - 08:00
Date	
Data	
Seite	838-839
Page	
Pagina	
Ref. No	20 021 860

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.